Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 57. Freitag, 8. März 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtsägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Reparationsbank.

Man hat die Pariser Sachverständigenkonferenz in den letzten Tagen aus den Augen verloren, weil erst die Dokumentenfälschung des Frank-Heine und dann die Stresemann-Rede in Genf die öffentliche Meinung der Welt ausschließlich mit Beschlag belegten. Die Pariser Konferenz hat sich aber durch nichts stören lassen und tritt jetzt mit Beschlüssen hervor, die zeigen, wie eifrig die drei Unterkommissionen inzwischen gearbeitet haben. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist die Schaffung einer besonderen internationalen Reparationsbank, die an Stelle von Reparationskommissar, Reparationskommission, Daweskommission usw. künftig diese universale Schicksalsfrage in die Hand bekommen soll. So schiebt sich plötzlich diejenige Großmacht auch offiziell in die Weltpolitik ein, die es bisher vorzog, mehr hinter den Kulissen zu bleiben. Die wichtigsten Drähte hat freilich diese Großmacht schon immer in Händen gehabt, und insofern bedeutet die Reparationsbank eigentlich keine Ueberraschung. Sie soll ihren Sitz an einem neutralen Orte bekommen. Sie soll dadurch aus all den politischen Komplikationen losgelöst werden, die bisher das Reparationsproblem so schwierig machten. Irgendwo in einem neutralen Lande ließ sie sich tatsächlich auf rein geschäftlichem Fundament aufbauen. Damit siegt der Gedanke und freilich nun auch das Geschäftsinteresse der Amerikaner.

Die Reparationsbank wird in der Hauptsache eine Filiale von Wallstreet auf europäischem Boden darstellen. Aus den Händen der Politiker, die sich zu einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems unfähig erwiesen, würden dann künftig alle Entscheidungen auf die Vertreter des internationalen Finanzkapitals übergehen, das seinerseits wieder unter der faktischen Diktatur Amerikas steht. In gewissem Sinne bedeutet das eine Entspannung der Lage. Das Reparationsproblem wird wenigstens entpolitisiert. In rein geschäftlichen Erwägungen wird immer noch mehr Vernunft zu finden sein, als da, wo politische Leidenschaften und Vorurteile, Stimmungen des Mißtrauens und Prestigegründe als Imponderabilien wirken. Es wird dann wenigstens kein Säbelgerassel und keine pathetischen Deklamationen mehr geben, sondern es wird nüchtern gerechnet werden. Man wird immer noch aus Deutschland herausholen wollen, was sich herausholen läßt. Aber doch auch nicht mehr. Man wird ein rein geschäftliches Interesse daran haben, daß Deutschland leistungsfähig bleibt, weil man auf seinen Leistungen die Kalkulationen des eigenen Vorteils aufbaut. Besonders schön ist diese Lösung der Reparationsfrage gerade nicht. Für Humanität, für freundschaftliche Verständigung unter den Völkern wird man bei ihr wenig Sinn haben. Der Kriegstribut als solcher bleibt bestehen und die finanziellen Folgen des Weltkrieges werden grundsätzlich in keiner Weise anders geregelt, als das nach den Kriegen vergangener Jahrhunderte der Fall gewesen ist. Der Besiegte muß eben zahlen, was er zahlen kann, man nimmt von ihm, was man kriegen kann, und um das einigermaßen vor der Welt zu entschuldigen, bürdet man ihm moralisch soviel Schuld auf, als es irgend die Leichtgläubigkeit der Welt verträgt. Und das ist natürlich ziemlich viel. Gerade deshalb hat ja auch die Schuldfrage trotz aller historischen Klarstellungen und vielsagenden Veröffentlichungen ein so zähes Leben. Man gibt sie nicht auf, weil man sie nicht aufgeben will, und man will sie nicht aufgeben, weil mit ihr das eigene materielle Interesse verknüpft ist. Die Reparationsbank bedeutet geradezu die Stabilisierung dieser Zusammenhänge.

In Zukunft wird es in Deutschland überhaupt keinen Zweck mehr haben, an das Weltgewissen zu appellieren. Was noch von Weltgewissen übriggeblieben ist, das wird künftig das Geschäftsinteresse dieser Reparationsbank sein. Von der Macht dieser Bank kann man sich im voraus nur schwer den rechten Begriff machen. Man denke nur daran, daß sie ebenso mit Hunderten von Milliarden rechnen wird, wie bisher die größten Banken höchstens mit Hunderten von Millionen zu rechnen hatten. Alle deutschen Zahlungen gehen an die neue internationale Bank. Sie wird die Reparationsbonds ausgeben, sie wird die Sachlieferungen verrechnen, sie wird bestimmen, welche Summen ohne Gefährdung der deutschen Währung transferiert werden können, und alle Gelder, die sich nicht transferieren lassen, werden sich bei ihr ansammeln. Sie wird über einen Riesenbestand an Devisen verfügen. Von ihrer Kreditpolitik wird bald die Finanzlage aller Staaten der Welt abhängig werden. So wird ein rein privates Bankinstitut der stärkste weltpolitische Faktor der Zukunft sein. Wenn man von einer „Krise des Parlamentarismus" in der Gegenwart spricht, so dürfte sie eine Kleinigkeit sein gegenüber der Krise des Parlamentarismus in der Zukunft. Denn was werden schließlich alle Parlamente der Welt gegenüber dieser Diktatur der Milliarden noch bedeuten? Es ist leicht möglich, daß wir aus der Scylla in die Charybdis geraten. Wir kommen von politischen Abhängigkeiten los, die das Reparationsproblem bisher so gefährlich für den Frieden machten. Wir kommen aber dabei auf der ganzen Welt in eine Abhängigkeit von dieser internationalen Riesenbank, der gegenüber man überhaupt noch kaum eine Möglichkeit des Widerstandes, eine Möglichkeit der Verteidigung unseres Selbstbestimmungsrechtes sieht.

Kompromißlösung um das Minderheitenproblem.

Unterredung Dr. Stresemann-Chamberlain.

)(Genf, 7. März. Die **einstündige Unterhaltung zwischen Reichsminister Dr. Stresemann** und dem **englischen Staatssekretär des Aeußeren Chamberlain** am heutigen Vormittag galt im wesentlichen denselben Fragen, die der Reichsminister mit dem französischen Außenminister vorgestern besprochen hatte, darunter auch **der Frage der weiteren Behandlung des durch den kanadischen und den deutschen Antrag aufgeworfenen Minderheitenproblems.** Die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen wurden ebenfalls gestreift; man war sich dabei gegenseitig klar, daß die politische Behandlung dieses Fragenkomplexes erst wieder aufgenommen werden kann, wenn die unabhängige Prüfung der Sachverständigen zu einem Abschluß gekommen sein wird.

*

Die weitere Behandlung der Minderheitenfrage durch den Völkerbundsrat.

)(Genf, 7. März. Im Laufe des heutigen Vormittags scheint in bezug auf die **weitere Behandlung der zum Minderheitenproblem vorliegenden Anträge eine Kompromißlösung gefunden** worden zu sein derart, daß zunächst ein **Dreierkomitee**, bestehend aus Adatschi-Japan, Quinones de Leon-Spanien und Chamberlain-England, **einen Bericht** ausarbeiten soll. Dieser Bericht hätte als Grundlage für die weiteren Beratungen zu dienen, die vor der nächsten Ratstagung in einem Ratskomitee erfolgen würden, in dem sämtliche Ratsmächte vertreten wären. Man spricht davon, daß der nächste Tagungsort San Sebastian sein werde. Auf Grund der Beratungen des Ratskomitees hätte dann der Rat in seiner nächsten Tagung im Juni die weiteren Maßnahmen zur grundsätzlichen Prüfung des Minderheitenproblems zu beschließen.

*

Der Vorschlag Adatschis einstimmig angenommen.

)(Genf, 7. März. **In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates am Donnerstag legte Adatschi den von ihm ausgearbeiteten Vorschlag für die Weiterbehandlung der Minderheitenfrage dem Rat vor. Der Vorschlag stellt ein Kompromiß dar zwischen den deutschen Vorschlägen und denen der Gegenseite. Er enthält folgende fünf Punkte:**

1. Der Rat beauftragte seinen Berichterstatter, den Botschafter Adatschi, ihm für die Junitagung einen Bericht über die Vorschläge vorzulegen, die dem Rat von den Vertretern Deutschlands und Kanadas eingereicht worden sind. Der Berichterstatter hat hierbei den verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die von den einzelnen Mitgliedern des Rates im Laufe der Ratstagung geltend gemacht worden sind.

2. Der Völkerbundsrat ersucht die Vertreter von England und Spanien, ihre Mitarbeit dem Berichterstatter bei der Ausarbeitung des Berichtes zu gewähren.

3. Der Berichterstatter und seine beiden Mitarbeiter können von den Regierungen, die Minderheitenverträge eingegangen sind, Bemerkungen derart erhalten, wie sie diese Regierungen für notwendig erachten. Jedes Mitglied des Rates kann gleichfalls seinerseits Bemerkungen dem Berichterstatter übermitteln, jedoch müssen diese von den Regierungen bis zum 15. April d. J. dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt sein. Das jetzt vom Rat gebildete Dreierkomitee kann seinerseits Auskünfte einholen und jede Untersuchung vornehmen, die es zur Erfüllung seiner Aufgabe braucht.

4. Der Rat, der sich als ein besonderes Komitee konstituiert, wird zu einer 1. Prüfung des Berichtes des Dreier-Komitees schreiten. Er wird sich zu diesem Zweck zu gemeinsamer Arbeit vor Beginn der nächsten Ratstagung versammeln.

5. Der Generalsekretär des Völkerbundes wird den Regierungen der Staaten, die Minderheitenverträge abgeschlossen haben, sowie den Regierungen sämtlicher Mitgliedsstaaten des Völkerbundes diesen Beschluß übermitteln unter Beifügung der Protokolle der Sitzung des Rates vom 6. März.

Adatschis Vorschlag wurde vom Rat ohne jede Aussprache einstimmig angenommen.

*

Von deutscher Seite muß dieser Beschluß als in keiner Weise geeignet bezeichnet werden. Das Dreierkomitee Adatschi, Chamberlain und Quinones de Leon ist seiner persönlichen Zusammensetzung nach eindeutig gegen die Minderheiteninteressen gerichtet. Von ihm kann eine sachliche förderliche Arbeit in keiner Weise erwartet werden. Es ist nicht verständlich, wie von deutscher Seite dieser Lösung zugestimmt werden konnte.

*

Die nächste Ratstagung in Madrid?

)(Genf. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß in der Sonnabend vormittag stattfindenden Schlußsitzung der gegenwärtigen Ratstagung das spanische Ratsmitglied Quinones de Leon den Rat offiziell einladen wird, seine **nächste Tagung in Madrid abzuhalten.** Unter den Ratsmitgliedern bestehe bereits Uebereinstimmung, die Einladung einstimmig anzunehmen.

Neue Enthüllungen zu den Utrechter Veröffentlichungen.

)(Paris. **Oeuvre, das gestern Ueberraschungen in der Angelegenheit der in Utrecht veröffentlichten französisch-belgischen Vertragstexte angekündigt hatte, bringt heute Nachrichten, die seine Auffassung über die Lage der Dinge bestätigen sollen. Es lägen aber noch andere Tatsachen vor, fügt der Brüsseler Korrespondent des Oeuvre hinzu, wegen deren die Regierung eine kategorische Erklärung abgeben werde, um die Rolle gewisser Agenten seines Sonderdienstes zu desavouieren, der außerhalb seiner Rechte, ja, sogar außerhalb seines Aufgabenkreises sich mit Albert Frank verständigt habe, um die bekannte Fälschung herzustellen. Es seien bereits ernste Maßnahmen ergriffen worden. Ein höherer Offizier sei wegen Nichtüberwachung seiner Untergebenen bereits seines Postens enthoben worden. Der Brüsseler Korrespondent des Journal gibt die Nachricht wieder, die bestätigt, daß Albert Frank mit einem Beamten der belgischen militärischen Sicherheitspolizei in der Fälschungsangelegenheit zusammengearbeitet habe. Frank habe von dem Beamten verlangt, er möge ihm Papiere, mit dem Kopf des Kriegsministeriums und mit dem Trockenstempel versehen, besorgen, und er werde ihm dafür ein außerordentlich wichtiges deutsches Dokument, daß die nationale Verteidigung Belgiens betreffe, besorgen.**

*

Ein Brief zum Fall Frank-Heine.

)(Breslau. Die Schlesische Zeitung veröffentlicht zu dem Fall Frank-Heine betreffs des militärischen Geheimabkommens zwischen Belgien und Frankreich einen Brief zweier in Breslau lebenden Herren Dr. Reiser und Unger, **die von Heine als zwei deutsche Spione bezeichnet wurden.**

In der Zuschrift der beiden Herren an die Redaktion der Schlesischen Zeitung heißt es u. a.: „Im Januar 1928 besuchten wir den Herausgeber der „Westeuropäischen Briefe" Dr. Baehrens in Brüssel. Bei unserem Brüsseler Besuch wurde uns als Fremdenführer und besonders gewandter Dolmetscher Herr Frank-Heine empfohlen. Zu der Zeit, als wir ihn kennen lernten, war er Redakteur der Nouveaux Jours, einer Zeitschrift, die in drei Sprachen erscheint und sich mit der Bekämpfung der Kriegsschuldlüge befaßt. Heine hat uns u. a., wenn irgend möglich, ihm Gelegenheit für Vorträge in der Frage der Bekämpfung der Kriegsschuldlüge in Deutschland zu vermitteln. Heine schien uns hierfür besonders geeignet, und wir sagten ihm in jeder Weise Hilfe zu. Im März 1928 unterschlug Heine dem Finanzier der Nouveaux Jours einen Scheck und wurde flüchtig. **Daraufhin wurden von uns über sein Vorleben Erkundigungen eingezogen, deren Resultat geradezu niederschmetternd war. Sie zeigten den Charakter Heines in einem so schlechten Licht, daß wir sofort jeden Verkehr mit ihm abbrachen.**

*

Die Untersuchung gegen Frank geht weiter.

)(Brüssel. Wie die Belgische Telegraphen-Agentur mitteilt, wird die **Untersuchung gegen Frank in der Angelegenheit der Utrechter Veröffentlichung weiter fortgesetzt,** und bleibt gegen Frank, obwohl er, wie gemeldet, in Freiheit gesetzt worden ist, die Anschuldigung der Unterschriftenfälschung aufrechterhalten. Der Redakteur der „Schelde", Ward Heremans, konnte nicht verhaftet werden.

Ein polnisch-rumänischer Geheimpakt?

vdz. Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Kowno: „Die offiziöse Kownoer Zeitung „Lietuvos Aidas" wartet mit Enthüllungen über einen Geheimvertrag auf. Wie das Blatt mitteilt, soll es sich hierbei um einen Geheimpakt handeln, der am 1. Oktober 1928 zwischen Polen und Rumänien als Ergänzung des bereits 1926 abgeschlossenen Vertrags zustande kam. Der Geheimvertrag richte sich gegen Rußland und Litauen. Bei einer Gefahr sollen die vereinigten polnisch-rumänischen Streitkräfte sofort eine breite und schnelle Offensive gegen Rußland ergreifen. In dem Vertrage werde weiter darauf hingewiesen, daß in einem Kriege zwischen Polen und Rußland Litauen nicht neutral bleiben könne. Falls Litauen den Kampf aufnehme, habe Polen Rumäniens Zustimmung, Litauen entweder ganz oder teilweise zu okkupieren. Weiter enthalte der Vertrag technische und strategische Einzelheiten. Dieser Geheimpakt, so teilt die Zeitung mit, sei während Pilsudskis Anwesenheit in Rumänien unterzeichnet worden.

Das Blatt will den Vertrag, über den es aus zuverlässiger Quelle orientiert sein will, noch im ganzen veröffentlichen."

SLUB
Wir führen Wissen.